

KURZ UND PRÄGNANT

Zum Tag der Verfassung

Zum Tag der Verfassung in Thüringen am 25. Oktober hatte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, „eine deutliche Weiterentwicklung der Verfassung“ gefordert. So seien andere Bundesländer, wie z.B. Bayern oder Berlin, bei Volksbegehren zu Themen mit finanziellen Auswirkungen schon viel weiter. „An diesen Ländern sollte sich Thüringen orientieren, damit zukünftig keine Volksbegehren mehr am Finanztabu scheitern.“ Für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Parlamentsarbeit müssten die Ausschusssitzungen des Landtags grundsätzlich öffentlich werden, so wie in anderen Bundesländern. Aber auch dazu sei eine Verfassungsänderung notwendig.

Ein wichtiges Projekt von Rot-Rot-Grün, für das ebenfalls die Verfassung geändert werden muss, ist die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für Landtagswahlen und Volksabstimmungen. Damit könnten Jugendliche früher an aktiven Gebrauch sowie an das Lernen und Gestalten von Demokratie herangeführt werden. Staaten wie Österreich haben auf Bundesebene ein solches Wahlalter schon umgesetzt. „Thüringen sollte dahinter nicht zurückbleiben. Auch fordert die Linksfraktion seit Jahren die Abschaffung des Diätenautomatismus. Auch dafür wäre eine Verfassungsänderung notwendig“, betont die Abgeordnete. ■

Scharfe Kritik an der Polemik der CDU

In Schleiz war die Gebietsreform Schwerpunktthema beim Bürgerdialog der Linksfraktion

Etwa 25 Bürgerinnen und Bürger waren am 25. Oktober einer Einladung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag zum Bürgerdialog in Schleiz gefolgt. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ nahmen sie an der Diskussionsveranstaltung in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität teil.

Die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, der Wahlkreisabgeordnete und Sprecher der Linksfraktion für Kommunal Finanzen, Ralf Kalich, und Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik sowie Justizpolitik, stellten sich den Fragen. Dem Bürgerdialog vorangegangen war ein Besuch in der Schleizer Werkstätten gGmbH, einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen. Hier war zudem Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion, mit vor Ort.

Reformschritte debattiert

Beim Bürgerdialog ging es diesmal vor allem um die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Gefragt wurde nicht nur nach den einzelnen Elementen des Reformpakets, sondern auch nach dessen Auswirkungen auf künftige Kommunalwahlen. Debattiert wurde dabei unter anderem die Reihenfolge der Reformschritte. Gefragt wurde auch, warum Rot-Rot-Grün mit dem Thema Gebietsreform nicht offensiver umgeht. Die Zukunft des Landesverwaltungsamtes und der Verwaltungsgemeinschaften spielte ebenso eine Rolle. Während Susanne Hennig-Wellsow die weiteren Schritte der Reform darstellte und Ralf Kalich auf die möglichen regionalen Veränderungen einging, erläuterte Sabine Berninger die Bürgerbeteiligung und verwies auf eine bevorstehende Anhörung im Landtag. Weitere debattierte Themen in Schleiz waren der Komplex Flucht, Asyl, Integration (unter anderem Lehrkräfte für „Deutsch als Fremdsprache“), die Schulsozialarbeit, die Finan-



zierung der Kindertagesstätten, der Ausbau der Windenergie sowie die Abwasserentsorgung, hier speziell biologische Kleinkläranlagen. Mehrere Teilnehmer äußerten scharfe Kritik an der Polemik der CDU und der AG Selbstverwaltung gegen die anstehende Gebietsreform in Thüringen. Es sei verantwortungslos, die Menschen derart zu verunsichern. Zudem wurde mehrfach eine parteiische Berichterstattung der Medien kritisiert.

Susanne Hennig-Wellsow warf der CDU vor, keine eigenen Vorschläge zu unterbreiten. Sie charakterisierte die entsprechenden Aktivitäten der CDU als ein „Stakkato der Niederträchtigkeit“.

(sw) ■

Eine echte Chance, in Gute Arbeit zu kommen

Die Arbeitspolitikerin der Linksfraktion, Ina Leukefeld, hatte die Wahlkreiswoche im Oktober genutzt, um sich in verschiedenen Projekten über die Wirkung öffentlich geförderter Beschäftigung zu informieren. „Der Praxistest ist gut bestanden“, sagte sie am Rennsteig bei Oberhof im Gespräch mit Beschäftigten, die gemeinsam mit dem Regionalverband Thüringer Wald und ThüringenForst wichtige Arbeit leisten.

Insgesamt sind am Rennsteig von Marksuhl über Oberhof bis Masserberg und Schleiz 56 Menschen in Arbeit. Karin Eller berichtete, wie aussichtslos es für sie war, mit 62 Jahren noch eine Arbeit zu finden. Vor der Wende Montierin in Langewiesen hatte sie seitdem – bis auf eine kurze Zeit bei QUELLE Nürnberg – in verschiedenen Maßnahmen gearbeitet, meistens Ein-Euro-Jobs. Hier hat sie jetzt nach der Thüringer Richtlinie für öffentlich geförderte Beschäftigung und Gemeinwohl orientierte Arbeit einen richtigen Arbeitsvertrag für zwei Jahre bei 30 Wochenstunden und mit Mindestlohn vergütet. Ihre Arbeit ist freiwillig und sie hofft, so bis zur Rente zu kommen.

Auch andernorts gibt es Gemeinwohlarbeit, die gern angenommen wird. So pflegen z.B. 35 Beschäftigte im Zweckbetrieb des CJD Erfurt/Wei-

mar die Fläche von 160 Hektar in der Gedenkstätte Buchenwald. „Gemeinsam mit meiner Kollegin Diana Lehmann von der SPD-Fraktion habe ich mich sachkundig gemacht, wie dieser Zweckbetrieb funktioniert und warum er sehr erfolgreich arbeitet. Ein Zweckbetrieb ist ein wirtschaftlich ausgerichteter Teilbereich einer Körperschaft, in dem Fall des Christlichen Jugendwerks, die ansonsten gemeinnützig oder öffentlich-rechtlich tätig ist. Hier bekommen Menschen mit Behinderung wie in einem Integrationsunternehmen oder Menschen mit Handicap, also verschiedenen Vermittlungshemmnissen, eine echte Chance in Gute Arbeit zu kommen. Michael Greif, der Leiter dieses Zweckbetriebes, begrüßte die neuen Fördermöglichkeiten des Landes und betonte: ‘Wir verstehen uns als Türöffner und Chancengeber für Arbeitssuchende, die schon lange nach einem Job Ausschau halten und bisher wenig Glück hatten. Wir bemühen uns, die Hindernisse gemeinsam mit den Langzeitarbeitslosen aus dem Weg räumen.’ Das verdient große Anerkennung. Auch wenn es manchmal etwas bürokratisch zugeht und bei weitem nicht alle Wünsche, an diesem Thüringer Programm zur Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit teilzuneh-



MdL Ina Leukefeld informierte sich gemeinsam mit der SPD-Abgeordneten Diana Lehmann in der Gedenkstätte Buchenwald über das Projekt des Christlichen Jugendwerks.

Foto (oben): Steffi Schmidt



men, erfüllt werden konnten, so ist doch der Weg richtig, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit“, sagte Ina Leukefeld. Die Koalitionsfraktionen werden sich auch weiterhin dafür ein-

setzen, dass die im Doppelhaushalt bereitstehenden finanziellen Mittel von 15 Millionen Euro so effektiv und wirksam wie möglich eingesetzt werden. ■